

Presseinformation

Hamburg, 06. November 2024

Inflationsausgleich jetzt – Rentner*innen demonstrieren in Berlin

Das norddeutsche Bündnis für den gerechten Inflationsausgleich für alle Rentner*innen hat heute vor dem Brandenburger Tor demonstriert und damit den Petitionsausschuss daran erinnert, endlich über das Thema zu entscheiden.

Dafür gehen sie immer wieder auf die Straße und fahren sogar in die Bundeshauptstadt: Hunderte Teilnehmer*innen aus Hamburg und Schleswig-Holstein machten sich heute auf den Weg nach Berlin und forderten bei einer Kundgebung am Brandenburger Tor zum wiederholten Mal einen Inflationsausgleich auch für Rentner*innen.

Schon vor zwei Jahren hatte sich ein breites norddeutsches Bündnis aus Sozialverbänden, Seniorengruppen der Gewerkschaften und Seniorenbeiräten gegründet, um dieser Forderung mehr Gehör zu verschaffen. Heute ist das Bündnis in Norddeutschland eine laute Stimme der Rentner*innen und überzeugte schon Tausende davon, für den Inflationsausgleich auf die Straße zu gehen. Bei einer Unterschriftenaktion in diesem Jahr wurden mehr als 200.000 Stimmen gesammelt, die diese Forderung unterstützen. Inzwischen liegt die Bündnisforderung seit Monaten dem Petitionsausschuss des Bundestags zur Beratung vor. Nun nutzten die Senior*innen die Gelegenheit, mit einer Kundgebung in Berlin die Ausschussmitglieder daran zu erinnern, eine Entscheidung zu treffen.

Die Senior*innen empfinden es nach wie vor als zutiefst ungerecht, dass weite Teile von ihnen bisher keinen Ausgleich für die gestiegenen Preise erhalten haben. Diese Inflationsprämie diente 2022 dazu, Arbeitnehmer*innen finanziell von gestiegenen Preisen für Energie und Lebensmittel zu entlasten. Ein Jahr später entschied die Bundesregierung, diese Inflationsprämie auch an pensionierte Beamt*innen zu zahlen.

Alle anderen Rentner*innen blieben bis heute unberücksichtigt. „Dabei leiden vor allem die Älteren unter den geänderten Bedingungen und höheren Preisen. Denn sie können dies nicht mehr über ihre Rente kompensieren“, bestätigt Klaus Wicher, Bündnispartner und Hamburger Vorsitzender Sozialverband SoVD. „Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass auch alle Rentner*innen einen Inflationsausgleich erhalten. Mehr als 200.000 Menschen unterstützen diese Forderung und wir haben deshalb heute den Petitionsausschuss in Berlin daran erinnert, endlich über das Thema zu entscheiden und es an den Bundestag weiterzugeben“, ergänzt Horst Emmel, stellvertretender Präsidiumsvorsitzender der AWO Hamburg.

Zusätzlich zum Inflationsausgleich fordert das Bündnis eine grundsätzliche Reform des Rentensystems. Wichtigster Schritt dafür ist, die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rente auf breitere Beine zu stellen, indem alle Erwerbstätigen in sie einzahlen, also auch Beamte

und Selbstständige sowie Abgeordnete und Minister*innen im Bund und in den Ländern. Zudem muss zukünftig sichergestellt werden, dass man nach einem langen Arbeitsleben auch von einer auskömmlichen Rente leben kann, die Teilhabe sichert.

Kontakt für Rückfragen:

Susanne Rahlf
SoVD Landesverband Hamburg
Presssprecherin
Tel.: 040 61160742

susanne.rahlf@sovd-hh.de

Frank Krippner
AWO Landesverband Hamburg
Pressesprecher
Tel.: 040 414023400

frank.krippner@awo-hamburg.de